



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 19. Mai 2022 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zwei Sitzungswochen liegen nun hinter uns mit einer intensiven & abwechslungsreichen Agenda. In diese Wochen bin ich mit einem motivierenden Schwung und Rückenwind aus der Heimat im Hochtaunuskreis gestartet, wo der Kreisverband der CDU Hochtaunus seine Vorstandswahlen abgehalten hat. Über das Votum von 94,5 Prozent bei meiner Wiederwahl als Kreisvorsitzender meiner Partei habe ich mich sehr gefreut. Ich will mich auch in den kommenden zwei Jahren dafür einsetzen, dass die Partei ihrem verfassungsmäßigen Auftrag unter den Bedingungen der sich rasant verändernden Erwartungen und Kommunikationserfordernissen vor Ort gerecht wird. Meine Tätigkeit in Berlin auf dem Gebiet der Außenpolitik mit einer starken Verankerung in der Heimatregion zu verbinden, bleibt mir weiterhin ein Herzensanliegen. Auf dieser Grundlage will ich als Wahlkreisabgeordneter und Kreisvorsitzender zuhören, vermitteln und mich für die Belange der Menschen vor Ort einsetzen. Ich lade Sie daher auch auf diesem Wege ein, jederzeit Kontakt aufzunehmen und ins Gespräch zu kommen.

Gesprächsbereitschaft und Dialog sind tragende Prinzipien der internationalen Prinzipien und friedlichen Weltordnung. Das Gegenteil davon erleben wir in Zeiten der „Zeitenwende“ durch die völkerrechtswidrige

und kriegsverbrecherische Aggression Russlands, die neben den Auswirkungen für die Menschen in der Ukraine nun auch immer stärkere Beeinträchtigungen der Welternährungslage sowie der Energieversorgung annimmt.

Die internationale Staatengemeinschaft muss zusammenstehen; daran arbeiten wir insbesondere als Außenpolitikerinnen und Außenpolitiker und fördern und fordern den größtmöglichen Schulterschluss mit unseren Partnern von EU sowie Nato. Natürlich gibt es auch untereinander teils erhebliche Gesprächsbedarfe, wenn ich an den EU-Partner Ungarn im Zusammenhang mit dem Öl-Embargo oder den Nato-Partner Türkei angesichts des Beitrittsgesuchs Schwedens und Finnlands denke. Hier ist eine schnelle Klärung offener Fragen und angemeldeter Bedingungen erforderlich, denn gegenüber dem Putin-Regime bedarf es einer klaren Positionierung und maximaler Geschlossenheit.

Abschließend möchte ich Ihnen die Rede unseres Partei- und Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz herzlichst anempfehlen. Er antwortete im Rahmen der dieswöchigen Generaldebatte zum anstehenden Europäischen Rat auf den Bundeskanzler und problematisierte zahlreiche Aspekte, die weit über politische Kreise hinaus große Fragezeichen aufwerfen.

Herzlichst, Ihr Markus Koob

Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen

Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Das Eigenheim im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt sind Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit. Eigentumserwerb dient außerdem der Altersvorsorge und muss auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein. Für eine zunehmende Anzahl an Menschen ist dieser Traum jedoch in die Ferne gerückt.

Mit unserem Antrag „Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“ fordern wir Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren. Was versprochen wird, muss auch eingehalten werden: Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können. Die Lebensplanung vieler Familien hängt daran. Mit dem plötzlichen Förderstopp und der halbherzigen Neuaufgabe hat die Bundesregierung das Vertrauen unzähliger Bauherren erschüttert. Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb und klimafreundliches Bauen. Zudem steigen die Baukosten rasant. Wir dürfen Familien nicht länger mit den steigenden Baukosten alleinlassen. Deshalb müssen kostentreibende Vorschriften entschlackt, Genehmigungsverfahren beschleunigt und auch konkrete Entlastungen erreicht werden. So muss die Bereitstellung des

Baukindergeldes sichergestellt und den Ländern ermöglicht werden, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer einzuführen. •

Für einen klaren Kurs in der Finanzpolitik.

Die Ampel verstrickt sich in finanzpolitische Widersprüche: Bundesfinanzminister Lindner kündigt an, die Schuldenbremse ab 2023 uneingeschränkt einzuhalten – und vertritt zugleich eine bis dato nie dagewesene Neuverschuldung. Teile der Ampel fordern zusätzlich die Abschaffung oder weitere Aussetzung der Schuldenbremse. Ähnliche Widersprüche zeigen sich auch in der Steuerpolitik: Während Bundesfinanzminister Lindner Steuersenkungen fordert, lehnen seine Koalitionspartner dies ab. Bei der Bekämpfung der Inflation verstrickt sich die Bundesregierung in Einzelmaßnahmen und Ankündigungen. Wir stehen für eine ganzheitliche Finanzpolitik: In einer Aktuellen Stunde legen wir dar, wie wir uns glaubhaft für eine Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität einsetzen. Nicht über die finanziellen Verhältnisse zu leben: Das ist für uns ein Imperativ der Generationengerechtigkeit. Wir brauchen Klarheit bei der Frage der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen für Entlastung, die alle Teile der Bevölkerung erreicht. Deutschland braucht eine verlässliche Politik, die erkennbar aus der Krise steuert und den Rahmen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze setzt. Wir stehen für eine Finanzpolitik aus einem Guss. •



Für eine enge deutsch-israelische Partnerschaft

Am Rande der beiden zurückliegenden Sitzungswochen konnte ich auch wieder mit hochkarätigen Gästen wertvolle Gespräche führen.

Am 12. Mai, dem Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, konnte ich den israelischen Gesandten, Aaron Sagui, begrüßen. Themen waren u.a. die besonderen bilateralen Beziehungen, der Meinungsaustausch über den Krieg in der Ukraine und die langfristigen geopolitischen Auswirkungen in einer sich rasant veränderten Welt. Ich möchte mich auch weiterhin dafür einsetzen, die engen und besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel weiter zu vertiefen. Für mich ist klar: Das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen ist für mich nicht verhandelbar. Dies sage ich auch deutlich vor dem Hintergrund der momentan besorgniserregenden Häufung von antisemitischen Vorfällen in unserem Land. Ohnehin ist mir der regel-

mäßige Austausch mit ausländischen Vertreterinnen und Vertretern stets ein wichtiges Anliegen – schärft er doch auch den Blick auf das eigene politische Handeln. •

Sicherheitspolitik an unseren Hochschulen verankern.

Darüber hinaus habe ich mich gefreut, mit zwei Vertretern des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) zusammen zu kommen und ihre beeindruckende Arbeit näher kennenzulernen.

Der Verband bietet Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, sich auf wissenschaftlichem Niveau mit Sicherheitspolitik zu befassen und mit den verschiedensten Akteuren der Szene in einen Dialog zu treten. Neben zahlreichen Veranstaltungen der Hochschulgruppen vor Ort bietet der BSH auch hochkarätige Seminare und Lehrgänge auf Bundesebene an. Vielen Dank an Lukas Huckfeldt und Jan Heidbüchel vom Vorstand des BSH für den spannenden Austausch, der sicherlich bald eine Fortsetzung finden wird. •

